

AffD

PANKOW.

STARK.

MACHEN.

Kommunalwahlprogramm 2026

Inhaltsverzeichnis

- 1. Einleitung**

- 2. Stadtentwicklung** **(Seite 3-4)**
 - 2.1. Grundsätzliches zur Situation in Pankow
 - 2.2. Soziale Erhaltungsgebiete
 - 2.3. Innenstadtverdichtung
 - 2.4. Vorkaufsrecht

- 3. Verkehr** **(Seite 5-7)**
 - 3.1. Grundsätzliches zur Verkehrspolitik
 - 3.2. Ausgangslage
 - 3.3. Unsere Vorschläge
 - 3.4. Blick in die Zukunft

- 4. Wirtschaft, Haushalt und Finanzen** **(Seite 8)**
 - 4.1. Wirtschaft
 - 4.2. Haushalt und Finanzen

- 5. Familie, Jugend und Senioren** **(Seite 9-11)**
 - 5.1. Familien im Mittelpunkt
 - 5.2. Warten auf das Elterngeld und Termine beim Standesamt
 - 5.3. Integrierte Jugendarbeit
 - 5.4. Kindeswohlgefährdungen – Jugendamtsmitarbeiter fehlen
 - 5.5. Spielplätze
 - 5.6. Senioren

6. Bildung und Kultur (Seite 11-14)

- 6.1. Fokus auf die Schulinfrastruktur – Schulkollaps abwenden
- 6.2. Kleinere Klassen und wohnortnahe Versorgung
- 6.3. Fördern durch Differenzierung
- 6.4. Unterrichtsgarantiegesetz – Fachunterricht statt Mandalas malen!
- 6.5. Schulkultur und Bildungsbereitschaft
- 6.6. Bezirkliche Kulturarbeit stärken

7. Gesundheit und Sport (Seite 14-15)

- 7.1. Öffentlicher Gesundheitsdienst
- 7.2. Sport und Bewegung für Jung und Alt

8. Umwelt und Naturschutz (Seite 15-17)

- 8.1. Umweltschutz und Grünflächen
- 8.2. Sperrmüll
- 8.3. Windkraftanlagen
- 8.4. Klimanotstand in Pankow
- 8.5. Kleingärten

9. Verwaltung und öffentliche Ordnung (Seite 17-18)

- 9.1. Sicherheit und Ordnung
- 9.2. Parkraumbewirtschaftung
- 9.3. Entschieden gegen illegales Sprayen
- 9.4. »Gender Mainstreaming« in der Pankower Politik und Verwaltung
- 9.5. Personalentwicklung
- 9.6. »Pankower Register«
- 9.7. Digitalisierung von Verwaltungsangelegenheiten

Einleitung

Dreizehn Jahre nach ihrer Gründung tritt die Alternative für Deutschland [AfD] nunmehr zum dritten Mal in Pankow zur Wahl an, um die Politik in unserem Bezirk aktiv mitzugestalten. Wir sind bereit, auf allen politischen Ebenen Verantwortung zu übernehmen - aus drängender Sorge um die Zukunft Berlins und die Zukunft unseres Bezirkes. Unser Anspruch ist dabei: »Mut zur Wahrheit«.

Um auch in der nächsten Wahlperiode in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung [BVV] konservative Politik mit einer starken Fraktion befördern zu können, brauchen wir Ihre Stimme. Nur die AfD Pankow stellt sich der Einheitsmeinung der Altparteien entgegen und zeigt regelmäßig Missstände auf. Wir sind die kritische Stimme der Vernunft, Ihre Stimme gegen jenen linksgrünen Transformationsprozess, der uns von den Mächtigen aufgezwungen wird.

Die AfD Pankow steht für eine Politik des gesunden Menschenverstandes, sie orientiert sich an den Bedürfnissen der Bürger und nicht an versponnenen ideologischen Fantasien. Wir betreiben echte Sachpolitik im Interesse der Pankower, wir stärken Bürgernähe und gestalten effektiv. Die AfD Pankow ist solidarisch mit Menschen, die unserer Hilfe bedürfen. Natur-, Umwelt- und Heimatschutz sind uns wichtige Themen, Stabilität, Ordnung und vor allem Sicherheit liegen uns am Herzen.

Pankow ist einer der am stärksten wachsenden und sich verändernden Bezirke Berlins. Aus diesem Grunde gilt es in den nächsten Jahren kluge Entscheidungen zu treffen. Entscheidungen, welche die Entwicklung Pankows auf Jahrzehnte hinaus prägen werden. Zum Wohle unseres Bezirks ist genau deshalb eine politische Mitwirkung der AfD Pankow zwingend. Das vorliegende Kommunalwahlprogramm 2026 skizziert die politischen Ziele und Leitlinien der Pankower AfD für unseren Bezirk in den kommenden fünf Jahren.

2. Stadtentwicklung

2.1. Grundsätzliches zur Situation in Pankow

Hauptursächlich für die desaströse Wohnraumsituation in Berlin ist - neben der verfehlten Einwanderungspolitik - vor allem die katastrophale Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre, die ihren Tiefpunkt im Verkauf von zehntausend landeseigenen Wohnungen an Privatinvestoren erreicht hatte.

Kernstück der Pankower Stadtentwicklungspolitik bilden die vom Senat festgelegten Wohnbaupotentialgebiete. Hier sollen nach dem Willen des Senats hochverdichtete und zudem autoarme Siedlungen entstehen. Die bisher vorgestellten Entwürfe sehen dabei eine intensive Bebauung mit einer Einwohnerdichte von bis zu 12000 EW/km² vor. Die bisherigen, diesbezüglichen Bürgerbeteiligungsverfahren gerieten zu reinen Alibi-Veranstaltungen. Die Bedenken der Bürger komplett ignorierend, zeigt sich die beschlossene Anzahl an geplanten Wohnungen seitens des Senats als unverhandelbar. Eine gesunde Mischung aus privatem, genossenschaftlichem und sozialem Wohnungsbau ist überdies überhaupt nicht vorgesehen.

Für die AfD in Pankow ist völlig klar: Reine Sozialbausiedlungen im Stil der 70er-Jahre als Konsequenz einer verfehlten Migrationspolitik sind mit uns nicht zu machen. Wir fordern für die nachfolgenden Bauprojekte eine Anpassung der Planungen an die organische Siedlungsstruktur und eine Absenkung der GFZ auf 0,8 – also maximal vier Geschosse.

Bevor unbebaute und naturnahe Bereiche am Stadtrand für Neubauprojekte herangezogen werden, sind Innenstadtprojekte – wie am Pankower Tor oder am Thälmannpark – zu priorisieren. Dort sind deutlich geringere Eingriffe in den Naturraum notwendig und gleichzeitig ist der Erweiterungsbedarf in die vorhandene Infrastruktur wesentlich kleiner.

In diesem Zusammenhang ist es die grundsätzliche Forderung der AfD in Pankow, dass eine Anpassung der Verkehrsinfrastruktur und der sozialen Infrastruktur immer bereits *vor* Realisierung etwaiger Neubauprojekte sichergestellt werden muss – und nicht erst im Nachgang.

Karow Süd:

Hier ist eine ortsübliche Bebauung mit maximal drei Vollgeschossen, zzgl. Staffelgeschoss, anzustreben. Das heißt, maximal 1200 Wohneinheiten auf den drei Baufeldern: Am Teichberg, Straße 52 und Karow Süd – mit einem Kfz-Stellplatzschlüssel von 0,5. Voraussetzung dafür ist eine abgeschlossene Verkehrserschließung für alle Verkehrsteilnehmer. Eine besondere Herausforderung hinsichtlich Lärm- und Verkehrsentwicklung zeigt sich im Umfeld des zukünftigen Kreuzungsbahnhofes Karower Kreuz.

Blankenburger Süden:

Sofortiger Stopp der Bauplanung von überdimensionierten und seelenlosen Trabantenstädten, die uns lediglich die sozialen Probleme französischer Vorstädte bringen werden. Die derzeitige Planung von 6000 Wohnungen ist unter städtebaulichen Gesichtspunkten abzulehnen. Im Kernbereich würden damit bis zu 14000 Einwohner auf einer Fläche von nur 90 Hektar leben, was wiederum einer Bevölkerungsdichte von über 15000 Einwohnern pro Quadratkilometer entspräche.

Damit wäre eine Bevölkerungsdichte erreicht, welche jene in den Berliner Großsiedlungen Märkisches Viertel oder Gropiusstadt noch überträfe, Die Entstehung sozialer Brennpunkte wäre vorprogrammiert.

Deshalb: Für den Blankenburger Süden ist eine Bebauung als Gartenstadt des 21. Jahrhunderts mit max. 2500 Wohneinheiten anzustreben, inklusive der dazugehörigen Infrastruktur.

Pankower Tor:

Exemplarisch für das Totalversagen der rot-rot-grünen Zählgemeinschaft in Pankow steht das Pankower Tor. In bewährter Planwirtschaftsmanier wird seit nunmehr zwanzig Jahren eine städtebauliche Entwicklung dieses Geländes erfolgreich verhindert. Selbst der Flächennutzungsplan, ohne dessen Änderung eine sinnvolle vorbereitende Bauleitplanung nicht möglich ist, weist diese Fläche noch immer lediglich als Bahngelände aus.

Ohne das seit einem Jahrzehnt angekündigten Gesamtverkehrskonzept für den Berliner Nordosten wird sich daran auch in Zukunft nichts ändern.

Elisabeth-Aue:

Hier bleiben wir bei unserem kategorischen Nein. Erstens dient die heutige Freifläche dem gesunden Stadtklima, gerade für Pankow, dann sind Fragen einer eventuellen Bodenbelastung aus DDR-Zeiten weiterhin unbeantwortet und schließlich würde selbst bei Anbindung an die Straßenbahn ein Weg zur Arbeit oder in die Innenstadt zu lange Wegezeiten nach sich ziehen.

Alte Schäferei:

Für die Alte Schäferei wünschen wir uns ein städtisches Quartier, da mit der geplanten Anbindung an Straßenbahn und S-Bahn eine attraktive Verbindung in die Stadt gesichert wäre.

Am Sandhaus:

Hier wollen wir eine naturverträgliche Lösung, insbesondere mit Blick auf die benachbarte Moorlinse.

2.2. Innenstadtverdichtung

Die AfD Pankow ist für eine zaghafte und sinnvolle Nachverdichtung. Projekte mit ausufernder baulicher Auslastung (wie z.B. Gounodstraße und Michelangelostraße) und solche, die übermäßig zu Lasten von Grünflächen und Anwohnerparkplätzen gehen, lehnen wir grundsätzlich ab.

3. Verkehr

3.1. Grundsätzliches zur Verkehrspolitik

Hier ist unser Ansatz: Pankows Straßen zukunftsfähig machen – für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer. Was bedeutet das?

Die AfD Berlin-Pankow stellt sich entschieden gegen jegliche Umerziehung der Verkehrsteilnehmer, wie sie derzeit vom rot-rot-grünen Senat betrieben wird. Der fortschreitende Rückbau von Hauptverkehrsstraßen zugunsten von Radwegen muss genauso beendet werden wie das gezielte Ausbremsen und Stauen des Autoverkehrs.

Wir wenden uns entschieden gegen die herrschende Tendenz, den Straßenverkehr in unserem Bezirk und in Berlin insgesamt immer mehr zu verlangsamen. Vielmehr fordern wir die Schaffung eines funktionierenden, zuverlässigen, schnellen und fortschrittlichen Verkehrssystems, in welchem die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer gesichert ist. Dabei gehört insbesondere der Wirtschaftsverkehr in den Fokus einer Zukunftsgestaltung der Infrastruktur. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl von Verkehrsteilnehmern in Pankow muss ein hinderungsarmer, gut gesteuerter Verkehrsfluss oberste Priorität haben.

Mit Blick auf den Betrieb der S-Bahnen muss außerdem sichergestellt sein, dass diese vollständig in öffentlicher Hand bleiben. Mit uns kommt eine Zerschlagung oder Teilprivatisierung nicht in Betracht – denn damit wäre die Funktionsfähigkeit der S-Bahn bedroht.

3.2. Ausgangslage

Seit Jahren ist die Verkehrsinfrastruktur von Pankow völlig übernutzt; notwendige Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bleiben weit hinter den technischen Erfordernissen zurück. Die meisten Straßenbrücken sind in einem völlig desolaten Zustand und können zum Teil nur noch eingeschränkt befahren werden oder unterliegen strikten Geschwindigkeitsbeschränkungen. Der schlechte Zustand der Straßen bedeutet für alle Verkehrsteilnehmer eine tägliche Herausforderung.

Augenscheinlich ist den Verantwortlichen der tatsächliche Sanierungsbedarf gar nicht im Detail bekannt; nach nur groben Schätzungen erwartet die Senatsverwaltung allein für die notwendigen Straßensanierungen weit über eine Milliarde Euro Investitionsbedarf.

Insbesondere auch Pankow ist von dieser maroden Verkehrsinfrastruktur betroffen: Pankower leiden unter chronischen Staus auf Haupt- und Ein- bzw. Ausfallstraßen. In den Hauptverkehrszeiten kommt der Verkehr regelmäßig zum Erliegen. Ein stetiger Verkehrsfluss existiert praktisch nicht und die gesamte Verkehrsleittechnik wirkt völlig unkoordiniert.

Hinzu kommt der vermehrte Missbrauch von Bürgersteigen als Verkaufs- oder Lagerfläche sowie eine grassierende Ausweisung von Ersatz-Fahrradwegen. Fußgänger werden ununterbrochen bedrängt, behindert oder gar gefährdet. Insbesondere mobilitätseingeschränkte Menschen oder Kinder sind davon betroffen.

Unsere Vorschläge:

Zur Bewältigung nur der wichtigsten Verkehrsprobleme fordert die AfD Berlin-Pankow kurzfristig die Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Eine tageszeitaktuelle, flexible Anpassung der Verkehrssteuerung und -leitung an das tatsächliche Verkehrsaufkommen über den Einsatz intelligenter Verkehrsleittechnik; Stichwort: »Grüne Welle«.
2. Hauptverkehrsstraßen bleiben Hauptstraßen mit Tempo 50 ohne bewusst herbeigeführte Einschränkungen, wie etwa durch Parklets oder Einspurigkeit. Dies gilt insbesondere für die Schönhauser Allee.
3. Die Einrichtung eines Straßenzustandskatasters nach Hamburger Vorbild, analog dazu die Einrichtung eines Radwege- und Gehwegzustandskatasters. Dadurch könnten die notwendigen Ausbesserungsarbeiten deutlich beschleunigt werden.
4. Eine Vereinfachung der Planungsabläufe und die Einführung einer stichtagsbezogenen, abschließenden Einwendungsfrist. Damit könnten Verkehrsinfrastrukturbaumaßnahmen zügiger umgesetzt werden.

5. Zügiges Vorantreiben von Straßen- und Brückenbaumaßnahmen, auch durch Arbeiten im Mehrschichtbetrieb. Nichteingehaltene Fristen müssen wieder geahndet werden, wie es die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) eigentlich vorsieht.

6. Straßen- und Tiefbaumaßnahmen in Pankow müssen in Zukunft grundsätzlich besser und effizienter koordiniert werden.

Blick in die Zukunft:

Langfristig setzt sich die AfD in Pankow dafür ein, dass folgende verkehrspolitischen Vorhaben umgesetzt werden:

- 1.** Nach Jahren des Nichtstuns endlich eine leistungsfähige Ost-West-Verbindung zwischen Reinickendorf und Hohenschönhausen.
- 2.** Eine dem realen Verkehrsaufkommen angepasste Straßenausbauplanung im Nordosten Pankows, insbesondere mit Blick auf die geplanten Neubaugebiete in Blankenburg, Karow und Buch - als Voraussetzung der verkehrstechnischen Erschließung. Ansonsten eine Anpassung der Neubauplanung an die vorhandene Infrastruktur.
- 3.** Ein mit dem Land Brandenburg abgestimmtes P&R-Konzept, um dem wachsenden Pendlerproblematik wirkungsvoll zu begegnen. Dazu gehören:
 - Verkehrslösung Heinersdorf,
 - Autobahnanschluss A 10 in Karow,
 - Anbindung des Turmbahnhofs Karower Kreuz an das Straßenland, unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV, des Rad- und Fußverkehrs - sowie Schaffung einer Verbindung mit dem S-Bahnhof Wartenberg (S 75),
 - Führung der Straßenbahntrasse M 2 bis zum S-Bahn-Außenring (S 75).
- 4.** Schaffung neuer Parkplätze durch den Bau von Tiefgaragen und Parkhäusern anstatt Parkplatzvernichtung. Damit wäre der Parkdruck vermindert und ein so zusätzlich gewonnener Verkehrsraum würde zu einer Verbesserung des Verkehrsflusses beitragen. Außerdem müssen detaillierte Bedarfsplanungen von Parkplätzen und Parkhäusern an der Peripherie erstellt werden - mit dem Ziel einer langfristigen Verkehrsentslastung der Innenstadt.
- 5.** Verdichtungsmaßnahmen im Wohnungsneubau, wie zum Beispiel in der Michelangelostraße, sind nur unter Berücksichtigung der Parkplatzsituation zu durchzuführen. Es braucht eine verbindliche Stellplatzquote bei Neubaugebieten von 0,5.
- 6.** Kreuzungsfreier Ausbau des »Pankeradweges« bis in die Innenstadt.
- 7.** Einbettung unserer Vorschläge in ein großräumiges Verkehrskonzept für den gesamten Nordosten Berlins.
- 8.** Eine »autofreie Stadt« wie im novellierten Mobilitätsgesetz vorgesehen, lehnen wir grundsätzlich ab: Mobile Freiheit bedeutet uns Bürgerrecht.

4. Wirtschaft, Haushalt und Finanzen

4.1. Wirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft als Garant von Wohlstand und sozialem Frieden ist Grundlage der AfD-Wirtschaftsprogrammatik. Ideologiegetriebene und wirtschaftsfeindliche Politik lehnen wir entschieden ab.

Unternehmen und Betriebe dürfen nicht länger durch Klientelpolitik und völlig überflüssige Gesetze und Hindernisse gegängelt werden. Die AfD Pankow setzt sich dafür ein, überflüssige

Gesetze - wie das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz und das 2021 beschlossene Solargesetz Berlin - konsequent zurückzunehmen. Vorrangiges Ziel einer vernünftigen Politik muss es sein, die Wirtschaft von unnötigen Reglementierungen zu befreien.

Gewerbe und Infrastruktur sind gleichermaßen Voraussetzung wie Maßstab für den Wohlstand einer Region. Einer regionalen Wirtschaftspolitik kommt es daher insbesondere zu, vor allem hier ansässige Unternehmen zu stärken. So sollten zum Beispiel freihändige Vergaben der öffentlichen Hand - insoweit rechtlich möglich und inhaltlich sinnvoll - grundsätzlich nur an ortsansässige Unternehmen erfolgen. Zwingend sind überdies zusätzliche Investitionen in eine solide Infrastruktur und vermehrte Anstrengungen zur gezielten Ansiedlung von Gewerbe. Erst dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen.

Im Interesse der Menschen und zur Verbesserung derer Lebensqualität fordern wir für die Zukunft eine ausgewogenere Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen; vor allem auch für die bislang vernachlässigten nördlichen Ortsteile Buch, Karow, Blankenburg und Heinersdorf.

Konkret begrüßt die AfD Pankow neue Gewerbeansiedlungen auf dem ehemaligen Rangierbahnhof Pankow, also dem »Pankower Tor«. Durch den Einwohnerzuwachs im Bezirk herrscht genügend Kaufkraft für eine solche Ansiedlung, ohne dass gleichzeitig das Pankower Zentrum in der Breiten Straße in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Darüber hinaus finden seriöse Pläne und Ansätze zur schnellstmöglichen Realisierung des geplanten Gewerbebestandes im Buchholzer Norden unsere Unterstützung.

4.2. Haushalt und Finanzen

Ein solides Wirtschaften und ausgeglichene Haushalte sind unverhandelbare Grundmaximen der AfD. Haushalte sind grundsätzlich entsprechend der Legislaturperiode aufzustellen und haben diese nicht zu überschreiten. Jede Ausgabenposition ist in Bezug auf Notwendigkeit und Effizienz des damit verbundenen Zweckes zu prüfen. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind zu verstärken und zielorientiert vorzunehmen. Steuergeld ist unser aller Geld, es ist in jedem Falle sparsam einzusetzen. Insbesondere dürfen keine Steuergelder für politischen Extremismus verschwendet werden; sogenannten Nichtregierungsorganisationen, welche mit gewalttätigen Extremisten (»Antifa«) zusammenarbeiten, ist die staatliche Förderung gänzlich zu streichen.

5. Familie, Jugend und Senioren

5.1. Familien im Mittelpunkt

Unabhängig von allen denkbaren Lebensmodellen bleibt die Familie auch in einer modernen Gesellschaft die grundlegende und strukturgebende Keimzelle; sie verdient deshalb besonderer Aufmerksamkeit. Familien müssen gefördert werden. Kinder sollen nicht als Belastung, sondern gerade auch für arbeitende Eltern als wünschenswert wahrgenommen werden. Die AfD-Pankow setzt sich dafür ein, mit geeigneten Maßnahmen eine solche Lebenseinstellung zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang fordert die AfD-Pankow eine angemessene Infrastruktur für Familien. Die Berliner Familienzentren brauchen endlich einheitliche Qualitätsstandards, um auch zwischen den Bezirken eine vergleichbare Angebotsstruktur zu gewährleisten. Allgemeines Ziel bezirklicher Familienpolitik muss es sein, die Angebote der Familienförderung weitestmöglich »unter einem Dach« zu vereinen. Dazu gehört vor allem eine Zentralisierung und Vereinheitlichung mit Blick auf Anträge und Hilfsmaßnahmen.

5.2. Wartezeiten beim Elterngeld und Termine beim Standesamt

Berliner Eltern müssen teils monatelang auf das ihnen zustehende Elterngeld warten. Die AfD-Pankow fordert, den Gang zu den Ämtern familienfreundlich zu gestalten. Dazu gehört an erster Stelle eine ausreichende Personaldecke, damit Anträge für zustehende Leistungen auch zeitnah bearbeitet werden können.

Wer heiraten will, braucht einen Termin beim Standesamt. In Berlin einen Termin beim Standesamt zu bekommen, ist allerdings eine große Herausforderung. Die personelle Situation in den Standesämtern ist völlig angespannt, ein Nachwuchs an jungen Beamten fehlt und Stellen sind unbesetzt. Die AfD-Pankow fordert, dass die in den Standesämtern anfallende Arbeiten endlich ohne unbillige Wartezeiten erledigt wird.

5.3. Integrierte Jugendarbeit

Jugend ist eine Übergangsphase zwischen Kindheit und sozialer Reife. Ziel von Jugendpolitik muss es sein, Jugendliche in ein Gemeinwesen zu integrieren und sie gleichzeitig als Individuum zu stärken.

Die AfD-Pankow vertritt das Konzept einer integrierten Jugendarbeit, um einer Fremdheit zwischen den Generationen vorzubeugen. Die Angebote der Vereine und der Kirchen in den Bereichen Sport, Musik, Kultur etc. sollten gegenüber staatlichen Angeboten Vorrang genießen. Gegenüber Jugendhäusern, welche Jugendliche in ihrer Eigenwelt zurückhalten, sind Mehrgenerationenhäuser als sozialer Treffpunkt Vorrang einzuräumen. Eine staatliche und bezirkliche Mittelvergabe an Jugendeinrichtungen ist strikt an die Bedingung politischer Neutralität zu knüpfen.

Einseitige politische Positionierungen und ideologiegeladene Ausrichtungen sind für eine unvoreingenommenen Förderung junger Menschen untauglich. Linksextremistischen Jugendeinrichtungen wie beispielsweise »Jup« und »Bunte Kuh« sind bis auf weiteres die finanziellen Mittel zu streichen.

Grundsätzlich ist jegliche finanzielle Förderung von Angeboten der »Offenen Kinder- und Jugendarbeit« (OKJA) sorgfältig zu prüfen; insbesondere auf linksextreme und links-woke Agitation und Beeinflussung. Projekte, die vor allem politische und ideologische Agitation betreiben, dürfen keine öffentliche Mittel erhalten.

5.4. Kindeswohlgefährdungen – Jugendamtsmitarbeiter fehlen

In den Jugendämtern herrscht drastischer Personalmangel. Überlastete Jugendämter zeigen eine Neigung, auf der einen Seite Kindeswohlgefährdungen zu übersehen und andernteils Fremdunterbringungen, ohne hinreichend gründliche Prüfung, zu veranlassen. Die AfD fordert eine sinnvolle Fallzahlbegrenzung pro Mitarbeiter in den Pankower Jugendämtern.

5.5. Spielplätze

Bei den über zweihundert Spielplätzen im Bezirk herrscht ein Sanierungsstau. Spielplätze sind gesperrt oder verunreinigt, Spielgeräte sind häufig beschädigt und nicht nutzbar. Eine verantwortungsbewusste Politik muss Sorge dafür tragen, dass Mittel dafür bereitgestellt werden. Entsprechend sollen mehr Mittel für die Sanierung, den Erhalt und den Neubau notwendiger Spielplätze zur Verfügung gestellt werden. Dies ist durchaus, auch bei ausgeglichenem Haushalt, über Einsparungen bei nicht notwendigen Projekten finanzierbar.

5.6. Senioren

Unsere Senioren haben ihr Leben lang hart gearbeitet, sei es im Beruf oder im häuslichen Bereich. Oft unterstützen sie noch im Rentenalter weiterhin ihre Kinder, kümmern sich um die Enkelkinder oder engagieren sich im Ehrenamt. Senioren verdienen unseren besonderen Respekt.

Aufgrund von Altersarmut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder sozialer Isolation besteht bei vielen älteren Menschen die Gefahr einer Vereinsamung. Genau deshalb unterstützt die AfD Pankow, vor allem vor dem Hintergrund der geleisteten Lebensarbeitszeit und mit Blick auf eine Generationengerechtigkeit, insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Integration von Senioren. Die AfD-Pankow möchte, dass unsere älteren Mitbürger gehört und ihre speziellen Bedürfnisse ernst genommen werden.

Im Besonderen durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität, gegen Einsamkeit im Alter, der Gesundheitsversorgung, der Pflege und des altersgerechten Wohnens kann die soziale Teilhabe unterstützt und die Lebensqualität erhöht werden.

Wir fordern, die Anzahl der altersgerechten Wohnungen bedarfsorientiert zu erhöhen und die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege zu fördern. Projekte, die Senioren eine höhere Lebensqualität ermöglichen, wie z.B. barrierefreie Treffpunkte und »Mehr-Generationen-Wohnen«, finden unsere Unterstützung. Außerdem würden wir uns eine deutlichere Unterstützung solcher Projekte begrüßen, die den älteren Menschen mehr Zugang zur digitalen Welt ermöglichen.

In vielen Gegenden Pankows, wie z. B. Buch, der Mühlenkiez oder auch Rosenthal, sind die Angebote an Senioren, u.a. an Seniorenfreizeiteinrichtungen, nicht ausreichend. Dies will die AfD-Pankow ändern.

6. Bildung und Kultur

6.1. Fokus auf die Schulinfrastruktur

Aufgrund des Bevölkerungszuwachses steigen die Schülerzahlen im Bezirk Pankow. Bis zum Jahr 2030 werden in Pankow mehrere tausend Schulplätze zusätzlich benötigt. Trotzdem werden Schulbaumaßnahmen in Berlin immer wieder auf die lange Bank geschoben. Das Land und der Bezirk Pankow müssen endlich den Schulbau intensiv vorantreiben.

Dabei setzt die AfD auf den, pädagogische Ansprüche berücksichtigenden, Schultyp des »Lern- und Teamhauses«. Eine, modernen Standards entsprechende, Schule muss, neben Klassen- und Teilungsräumen, auch hervorragend ausgestattete Fachräume sowie adäquat eingerichtete Lehrerzimmer, Foren und Ruheorte, Mensen und eigene Hortbetreuungsräume vorhalten. Auch für die Gestaltung von Schulhöfen werden wir zusätzliche Mittel bereitstellen: Mehr grüne Schulhöfe, weniger Versiegelung und ausreichend Möglichkeiten zur Bewegung. Bei den Schulneubauten in modularer Bauweise hingegen zeigen sich bereits jetzt bauliche Mängel: Es regnet hinein und gleichzeitig ist kein echter Hitzeschutz gegeben.

Die seit Jahren geforderte Digitalisierung an Schulen muss einem klaren pädagogischen Konzept folgen, eine digitale Ausstattung als solches garantiert keinen Bildungserfolg per se. Mit der Schaffung moderner Werkstätten an Schulen wollen wir außerdem die Voraussetzung für die Wiedereinführung des Werkunterrichts in den Grundschulen schaffen und dort das Angebot des Praxislernens ausbauen.

6.2. Kleinere Klassen und wohnortnahe Versorgung

Die AfD Pankow setzt sich dafür ein, zahlenmäßige Obergrenzen für Klassengrößen im Schulgesetz verbindlich festzuschreiben. Bereits jetzt gibt es in Pankow einen gravierenden Mangel an Schulplätzen, der bislang lediglich durch eine konsequente Überbelegung von Klassen oder durch eine Schülerflucht in andere Bezirke kompensiert wurde.

Tatsächlich ist in Pankow eine erhebliche überbezirkliche Wanderbewegung festzustellen:

In den letzten Schuljahren wurden regelmäßig mehr als zweitausend Pankower Schüler – im Saldo – in Oberschulbereichen anderer Bezirk beschult. Das führt gezwungenermaßen zu immer weiteren Schulwegen. Selbst mit einem Notendurchschnitt von 1,0 haben Grundschulabgänger aus Pankow mitunter keine Chance auf ihre Wunschschule im eigenen Bezirk.

Die AfD Pankow fordert daher auch für Oberschüler eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten. Das Losverfahren bei der Anmeldung für weiterführende Schulen muss endlich abgeschafft und durch ein Auswahlverfahren nach Leistung bzw. Wohnort ersetzt werden.

6.3. Fördern durch Differenzierung

Ein differenziertes Schulsystem garantiert die bestmögliche Entfaltung eines Kindes und ein Höchstmaß an Bildung. Einer künstlichen Verknappung der Plätze am grundständigen Gymnasium muss Einhalt geboten werden. Mit Blick auf den Wechsel zum Gymnasium ab Klasse 5 soll eine echte Wahlfreiheit garantiert bleiben.

Die AfD setzt sich dafür ein, mindestens sechs Gymnasien in Berlin zu Elitegymnasien zu entwickeln, wobei mindestens einer der Standorte in Pankow sein soll. Grundsätzlich soll Unterricht in leistungshomogenen Gruppen erfolgen. Inklusion muss mit Augenmaß eingesetzt werden, insbesondere mit Rücksicht auf die vorhandenen Personalausstattung mit Lehrkräften.

6.4. Unterrichtsgarantiegesetz – Fachunterricht statt Mandalas malen!

Der Senat beschönigt regelmäßig die Zahlen zum Unterrichtsausfall. In Berlin werden in jedem Schuljahr zwei Millionen Unterrichtsstunden nicht erteilt. Das sind 10 Prozent des gesamten Unterrichts bzw. ein ganzer Monat für jedes Schuljahr, mithin – auf zehn Schuljahre gerechnet – ein komplettes Schuljahr pro Schüler.

Die AfD Pankow fordert ein Unterrichtsgarantiegesetz, um die Unterrichtserteilung durch Fachlehrer sicherzustellen. Um diesem Ziel einer »Unterrichtsgarantie« näherzukommen, ist eine Personalausstattung von deutlich über 100 Prozent zu gewährleisten. Vormalig lag das Ziel der Lehrerausstattung in Berlin bei 107 Prozent, gegenwärtig wird in manchen Schulen Berlins nicht einmal achtzig Prozent erreicht.

Beim Schwimmunterricht will die AfD Pankow mindestens 45 Minuten Wasserzeit garantieren und eine angemessene Wassertemperatur sicherstellen. Zur Sicherung von Sportflächen für den Schwimm- und Sportunterricht werden wir ein Bau- und Sanierungsprogramm auflegen.

Das System zur Meldung und Bearbeitung von Schulversäumnisanzeigen wollen wir verbessern: Durch das digitale Klassenbuch sollen automatisch erstellte Meldungen bereits nach drei unentschuldigtem Fehltagen erfolgen; das Jugendamt ist zudem frühzeitig einzubinden.

6.5. Schulkultur und Bildungsbereitschaft

Die AfD Pankow steht für eine sachliche Bildungspolitik und wendet sich gegen dauernde Experimente. Schule ist weder sozialpolitischer Reparaturbetrieb noch ideologiegetriebenes Experimentierfeld, Schule soll dem Lernen und der Bildung dienen.

Dabei setzt ein erfolgreicher Bildungsweg ein angenehmes Schulklima des gegenseitigen Respekts voraus. Die AfD Pankow wird eine Null-Toleranz-Strategie gegen Gewalt und Mobbing an Schulen umsetzen. Für Schüler, die andere Schüler in Mitleidenschaft ziehen, schaffen wir an den Schulen Auszeit-Räume, in denen Schüler nach dem »Time-Out-Konzept« von Sozialarbeitern betreut werden. Bei massiven Gewaltvorfällen setzen wir uns dafür ein, dass Schüler zum Schutz anderer Schüler einer alternativen Form der Beschulung zugeführt werden.

Ordnung und Disziplin, die zum Beispiel an der Friedrich-Bergius-Schule unter Schulleiter Rudolph erfolgreich vermittelt wurden, sind wesentliche Bestandteile einer Schul- und Lernkultur. Um Leistungsfreude zu verstärken, werden wir Schülerwettbewerbe ausweiten und die diesbezüglichen Erfolge prämiieren. Naturbildung soll durch regelmäßige Klassenausflüge befördert werden.

Die eigentliche Verantwortung für die Erziehung der Kinder liegt bei den Eltern; sie dürfen dabei nicht aus ihrer Pflicht gelassen werden. Im Sinne einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft sind Eltern maßgebend einzubeziehen. Die AfD Pankow fordert für den Bezirk, das Pilotprojekt »Eltern-Aktiv-Schule« umzusetzen. Dadurch kann das Bildungsinteresse und die elterliche Verantwortung gestärkt werden. Wichtiger Bestandteil davon ist die Förderung von Grundschulfamilienzentren.

In diesem Zusammenhang kann Japan ein Vorbild sein: Dort lernen Schüler frühzeitig Eigenverantwortung, indem ihnen Aufgaben der Schulorganisation übertragen werden; zum Beispiel bei der Schulreinigung. Das Modell der »Kinderhausmeister«, wie es an der MariaLeo-Grundschule in Prenzlauer Berg praktiziert wird, könnte ebenfalls Beispiel geben.

6.6. Bezirkliche Kulturarbeit stärken

Die AfD-Pankow wird die bezirkliche Kulturarbeit stärken. Wir brauchen nicht nur kulturelle Leuchtturmprojekte in Berlin-Mitte, sondern vor allem ein dezentrales Kulturangebot für jedermann. Kulturelle Einrichtungen, wie Theater, Musikschulen, Kinos, Stadtteilbibliotheken, Volkshochschulen, Museen, Kulturzentren und Vereine tragen wesentlich zur Lebensqualität eines Bezirkes bei. Tatsächlich sind solche Einrichtungen jedoch vorwiegend im südlichen Teil Pankows konzentriert. Im Zuge der geplanten Neubauprojekte im Norden des Bezirks setzt sich die AfD-Pankow deshalb dafür ein, insbesondere dort die Kulturarbeit zu stärken und insbesondere dort entsprechende Einrichtungen zu schaffen.

Die AfD-Pankow hat sich eine gezielte Förderung, auch bereits eine Frühförderung, von Musik auf ihre Fahnen geschrieben. Damit muss bereits im Grundschulalter begonnen werden; nur so kann sich überhaupt ein musikalischer Nachwuchs entwickeln. Dabei sollten regelmäßig lokale Künstler regelmäßig mit eingebunden werden.

Außerdem müssen endlich die Wartelisten bei den städtischen Musikschulen dauerhaft abgebaut werden. Qualifizierte Lehrkräfte brauchen eine auskömmliche Berufsperspektive in Festanstellung. Um eine entsprechende Ausbildungsqualität sicherzustellen, sollten Honorarbeschäftigungen nicht die Regel, sondern nur die Ausnahme sein.

Dringender Bedarf einer nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Situation der Lehrkräfte zeigt sich zudem bei Kunstschulen und Volkshochschulen. Marktübliche Honorare in Anlehnung an die Vergütung im öffentlichen Dienst sollten der übliche Standard werden.

Der bestehende Sanierungsstau bei Bibliotheken und anderen Kultureinrichtungen muss ebenfalls behoben werden; in diesem Zusammenhang ist eine entsprechende Personalausstattung im Fachbereich Hochbau des Bezirksamtes zwingend. Nötigenfalls muss diesbezüglich das Land um Amtshilfe ersucht werden, um Verzögerungen bei Bauprojekten gesichert zu verhindern.

Investitionen für Bibliotheken, für den Medienerwerb, für Sanierung, Digitalisierung, Fortbildung und Weiterentwicklung schließlich unterstützt die AfD-Pankow ausdrücklich. So sollte eine Medienbeschaffung in Bibliotheken sich an den Bedürfnissen der Bürger vor Ort orientieren und dabei nicht an externe Dienstleister abgegeben werden.

7. Gesundheit und Sport

7.1. Öffentlicher Gesundheitsdienst

Der »Öffentliche Gesundheitsdienst« (ÖGD) verzeichnet gegenwärtig einen quantitativen Anstieg der Aufgaben sowie eine Zunahme der qualitativen Anforderungen. Nicht nur die steigende Einwohnerzahl Berlins, auch die Veränderung der soziodemografischen Struktur sowie gesundheitspolitische Reformen stellen die öffentliche Gesundheitsplanung vor neue Herausforderungen.

Negativbeispiele sind die Missstände beim »Sozialpsychiatrischen Dienst« (SPDi) sowie bei der Durchführung der vielfältigen Aufgaben rund um das Kindeswohl. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Berliner Senat nach wie vor keine personelle Mindestausstattung in den Gesundheitsämtern sicherstellen kann.

Der ÖGD muss wieder in die Lage versetzt werden, seinen originären Aufgaben vollumfänglich nachkommen zu können. Dazu zählen präventive Maßnahmen sowie die Gesundheitsförderung und der Gesundheitsschutz der Berliner Bevölkerung. Es gilt, unverzüglich eine nachhaltige Lösung zur schnelleren Gewinnung und Bindung von medizinischem Fachpersonal zu finden.

In der ambulanten Versorgung setzt sich die AfD für die Schaffung einer KV-Notdienstpraxis im Bezirk ein. Dadurch wäre eine angemessene, effiziente ambulante ärztliche Versorgung bei akuten Erkrankungsfällen gewährleistet, auch wenn diese nicht unmittelbar lebensbedrohlich sind. Damit wäre außerdem entscheidend zu einer Entlastung der Rettungsstellen beigetragen.

7.2. Sport und Bewegung für Jung und Alt

Viele Menschen in Pankow treiben Sport in Vereinen und Schulen, aber auch in selbstorganisierten Gruppen. Die AfD-Pankow setzt sich für die Unterstützung aller Arten sportlicher Aktivitäten ein. Dies beinhaltet - neben der Unterstützung von Sportvereinen und des Schulsports - auch die Förderung freier Sportangebote. Letzteres unter anderem über eine Öffnung staatlich finanzierter Sportanlagen für eine größere Allgemeinheit. Bezirkliche Sportentwicklungsplanung soll eine niedrighschwellige Bewegungsförderung für Jung und Alt zum Ziel haben. Wir Pankower brauchen Möglichkeiten einer regelmäßigen sportlichen Betätigung, unabhängig vom Haushaltseinkommen.

Eine Verbesserung der Sportinfrastruktur ist deshalb von herausragender Bedeutung. Auch stellt der Mangel an Schwimmflächen ein Problem dar und muss schleunigst behoben werden. Gerade in den bevölkerungsreichen Regionen des Bezirks muss das Angebot an Sportflächen intensiviert werden. Die AfD-Pankow wendet sich entschieden gegen die Aufgabe von Sportflächen. Insbesondere mit Blick auf das Bewegungsangebote für Senioren darf es nicht an den notwendigen Mitteln fehlen.

Das Sport- und Bewegungsangebot im Bezirk muss zudem viel transparenter werden, z.B. durch eine entsprechende App bzw. die Einführung von Kiezsportlotsen. Das Projekt »BIB – Kommunale Bewegungsförderung für Ältere im Bezirk Pankow« im Verbund mit dem Verein »Qualitätsverbund Netzwerk im Alter« (QVNIA) muss unbedingt fortgesetzt werden.

8. Umwelt und Naturschutz

8.1. Umweltschutz und Grünflächen

Naturschutz ist ein zutiefst konservatives Anliegen. In einer Großstadt wie Berlin sind Grünflächen – zumal bei steigenden Einwohnerzahlen – elementar. Sowohl die Parks im Innenstadtbereich als auch die Natur- und Landschaftsschutzgebiete am Stadtrand werden zur Erholung dringend benötigt. Dabei ist gerade dort eine zunehmende Übernutzung und eine grassierende Verunreinigung zu beobachten. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.

Dazu schlägt die AfD eine Reihe von Maßnahmen vor:

- Die seit langem geplante Entwicklung der Arkenberge als Natur- und Freizeitregion muss endlich vollzogen werden, denn die Berliner brauchen dringend weitere Naherholungsgebiete innerhalb der Stadtgrenzen.
- Sowohl am Stadtrand als auch in innerstädtischen Regionen stellt die Ausbreitung des Götterbaums und anderer invasiver Arten ein zunehmendes Problem dar, welches vehement bekämpft werden muss, insofern einheimische Arten nicht weiter verdrängt werden sollen.
- Die AfD-Pankow will das ehrenamtliche Engagement von Bürgern im Bereich der Pflege von Grünflächen, Straßenbäumen, Parks und Plätzen unterstützen. Zu diesem Zweck sind Kiezinitiativen zu fördern.

- Insbesondere in den dicht besiedelten Innenstadtgebieten ist eine ausgeglichene, eher positive, Baumbilanz anzustreben. Abgenutzte Rasenflächen müssen neu ausgesät und in Zukunft besser geschützt und gepflegt werden. Die Sträucher in den Parks sollen regelmäßig geschnitten und die Pflege von Grünflächen allgemein intensiviert und so der Verwahrlosung entgegenwirkt werden. Alle Parkanlagen müssen regelmäßig saniert werden. Der Bürgerpark sollte eingezäunt werden, um nächtliches Randalieren zu verhindern.

8.1. Sperrmüll

Dem stetig größer werdenden Sperrmüllproblem muss durch zusätzliche, für die Bürger kostenfreie, Sperrmülltage, der illegalen Müllentsorgung über eine deutliche Erhöhung der Bußgelder begegnet werden. Das Ordnungsamt ist dazu gesichert in die Lage zu versetzen, einen wirksamen Kontrolldruck, z.B. durch den Einsatz einer verdeckter Naturraumüberwachung, erzeugen zu können.

8.2. Windkraftanlagen

Nach Plänen des Senats sollen in Pankow neue Windkraftanlagen entstehen – das lehnen wir entschieden ab!

Grundsätzlich ist die Zweckmäßigkeit von Windkraftanlagen zu hinterfragen. Weder ist die Frage der Finanzierung nach einem Herausfallen aus der staatlichen Förderung abschließend geklärt, noch kann eine umweltfreundliche Entsorgung der Materialien nach Beendigung des Betriebes sichergestellt werden. Darüber hinaus bergen diese Anlagen, selbst gemäß NABU, eine todbringende Gefahr für Fledermäuse, Vögel und Insektenarten.

Aus alledem will die AfD-Pankow kategorisch jeglichen weiteren Bau von Windkraftanlagen in unserem Bezirk verhindern.

8.3. Klimanotstand in Pankow

Im diesem Kontext fordern wir eine Zurücknahme des ausgerufenen »Klimanotstands« für Pankow; dessen Verkündung uns eine unseriöse Panikmache erscheint. Die AfD-Pankow steht vielmehr für einen seriösen Umgang mit dem Thema Klimaschutz, ohne dabei einer bloßen Symbolpolitik hinterher zu laufen.

Dass sich das Klima seit Jahrtausenden wandelt, ist eine Tatsache und dass ein Klimawandel das Leben der Menschen berührt, ebenfalls. Der klimapolitische Schwerpunkt muss daher auf einen Klimawandelfolgeschutz gelegt werden. Die AfD-Pankow steht für eine Klimafolgenanpassung und einen entsprechenden Natur- und Umweltschutz, anstelle von Klimahysterie. Eine falsche »Ursachenbekämpfung« verschwendet lediglich Geld, welches an anderer Stelle viel sinnvoller investiert werden könnte.

8.4. Kleingärten und Stadtgrün

Kleingärten bieten Naherholung und erhöhen die Lebensqualität. Aus diesem Grunde fordert die AfD-Pankow, Kleingartenbesitzer endlich über ein landesweites Kleingartengesetz sicherzustellen. Die Idee, Schulen ohne eigenen Schulgarten Kooperationen mit Kleingartenanlagen eingehen zu lassen, muss weiterverfolgt werden – denn insbesondere Kinder brauchen Grün.

9. Verwaltung und öffentliche Ordnung

9.1. Sicherheit und Ordnung

Öffentliche Sicherheit ist ein elementares Bedürfnis. Leider schlägt sich diese Erkenntnis bislang nicht in der personellen Ausstattung unserer Sicherheits- und Ordnungsbehörden nieder. Eine mangelnde Präsenz von Ordnungshütern führt zu einer Herabsetzung der Gewaltschwelle, da nur selten Ahndung droht. Dies muss sich ändern! Konkret fordert die AfD-Pankow die Errichtung einer Polizeiwache in Buch, um endlich auch im Norden Pankows die Sicherheit zu erhöhen.

Auch müssen technische Möglichkeiten, wie z.B. Videoüberwachung an sogenannten Hotspots, vermehrt genutzt werden – als erster Schritt zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens der Menschen.

9.2. Parkraumbewirtschaftung

Parkraumbewirtschaftung sollte in erster Linie verkehrslenkenden Charakter haben und nicht der Abzocke des Autofahrers dienen. Gerade dort, wo tagsüber hoher Parkdruck besteht, ist über die Einführung der Bewirtschaftung weiterhin nachzudenken: Dabei sind auch sanftere Möglichkeiten, wie die Einführung einer Parkscheibenregelung, in die Betrachtung einzubeziehen.

9.3. Entschieden gegen illegales Sprayen

Illegales Sprayen und insbesondere das sogenannte Tagging sind kein Ausdruck von Kreativität, sondern schlicht Sachbeschädigung. Solche Tags, also Signaturkürzel, mittlerweile in Pankow an fast jeder Wand, an Haustüren und Fenstern, an Denkmälern etc. zu finden, haben mit Kunst nichts zu tun. Die AfD-Pankow fordert ein entschiedenes Vorgehen gegen illegales Sprayen und Tagging. Das legale Sprayen an dafür vorgesehenen Stellen bleibt völlig unproblematisch.

9.4. »Gender Mainstreaming« in Politik und Verwaltung

Eine Verwendung von »gendergerechter Sprache« in Pankower Verwaltung Ämter lehnt die AfD-Pankow ab.

Für uns gelten die Regeln der deutschen Rechtschreibung und der deutschen Sprache. Diese können nicht durch ideologisch geprägte Dekrete beliebig verändert werden.

9.5. Personalentwicklung

Erfahrungen mit der Berliner Verwaltung sind selten positiv. Es kommt zu langen Wartezeiten, nur der Anrufbeantworter meldet sich oder es gibt gar keine Reaktion. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind hoch motiviert, doch die Prioritätensetzung der etablierten Politik lassen dies verpuffen. Nach Jahrzehnten des Personalabbaus wurden in den letzten fünf Jahren zahlreiche neue Stellen geschaffen. Leider nicht da, wo sie am nötigsten gebraucht werden: in Bürgerämtern, in den bauenden- und planenden Bereichen oder in den Ordnungsbehörden.

Hinsichtlich der viel diskutierten Verwaltungsreform regen wir eine Aufgabenkritik in den Bezirksämtern an. Die zahlreichen Beauftragten im Bezirksamt, deren Notwendigkeit bis-her nicht hinreichend erklärt werden konnte, sind einer kritischen Prüfung zu unterziehen und ggfs. in anderen Bereichen einzusetzen. Ebenso ist die bezirkliche Wirtschaftsförderung hinsichtlich ihrer tatsächlichen Werthaltigkeit zu prüfen. Hier sollte entweder eine inhaltliche Neuausrichtung erfolgen, in Form eines »Front-office« für Gewerbetreibende, als zentraler Ansprechpartner bei der Kommunikation mit der Verwaltung oder aber deren Auflösung.

Dem Serviceanspruch des Landes Berlin kommt man nicht damit nach, die Bereiche der Bürgermeister mit einer Vielzahl von Beauftragten aufzublähen. Die Verschlinkung der Bezirksämter wurde mit der Entscheidung, einen sechsten Stadtrat zu installieren, ad absurdum geführt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Maßnahme zurückgenommen wird und darüber hinaus, fordern wir, dass die seit achtzig Jahren geübte Praxis der politischen Beamten in den Bezirksämtern einer sachlichen Überprüfung unterzogen wird.

9.6. »Pankower Register«

Die finanzielle Förderung des sogenannten »Pankower Registers« muss unverzüglich eingestellt werden. Pankow benötigt keine, an Methoden der Stasi erinnernde, Melde- oder Denunziationsstrukturen.

9.7. Digitalisierung von Verwaltungsangelegenheiten

Die AfD befürwortet den schnellen Ausbau digitaler Serviceangebote in der Verwaltung. Vorgänge, für die keine Präsenz bei der Beantragung nötig ist, werden so beschleunigt. Damit wird das Personal entlastet und kann gezielter dort eingesetzt werden, wo das Erscheinen des Bürgers unabdingbar ist. Das würde auch dazu beitragen, die Wartezeiten auf einen Termin erheblich zu reduzieren.